

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

EWR-Teilnahme, solange unsere Interessen gewahrt bleiben

Das Gewerbe sammelt Unterschriften für ein Staatsvertragsreferendum – Regierung spricht sich nach wie vor für eine EWR-Teilnahme aus

(G.M.) – Was den geplanten EWR-Vertrag betrifft, scheiden sich gegenwärtig die Geister und die Interessen in unserem Land. Die Regierung hat dem Landtag in ihrem 6. Ergänzenden Bericht über «Das Fürstentum Liechtenstein und die Europäische Integration» zu verstehen gegeben, dass sie unverändert an der Zielsetzung festhalte, sich «am Abschluss des EWR-Vertrages zu beteiligen und zu dessen Erfolg beizutragen». Demgegenüber sammelt das Gewerbe Unterschriften für die Einführung des Staatsvertragsreferendums, um bei einem EWR-Abkommen mitentscheiden oder (so wie die Lage derzeit aussieht) ablehnen zu können.

Wenn die vorgesehenen Zeitpläne eingehalten werden, beraten die Minister der EG- und EFTA-Staaten am nächsten Montag über die Zukunft oder das Scheitern des EWR-Abkommens. Zur gleichen Zeit hält die Gewerbe- und Wirtschaftskammer des Fürstentums Liechtenstein eine Vollversammlung ab, in deren Mittelpunkt ebendieser EWR-Vertrag steht. Das liechtensteinische Gewerbe steht den «vier Freiheiten eines EWR-Abkommens» sehr skeptisch gegenüber, weshalb eine Initiative zur Einführung des Staatsvertragsreferendums gestartet wurde, damit letztlich das Volk, nicht Regierung und Landtag allein, über den Beitritt zum EWR-Abkommen und allenfalls nachfolgend über einen EG-Beitritt entscheiden kann.

Mehr direkte Demokratie

In der neuesten Ausgabe des Mitteilungsblattes «Das Gewerbe» unterstreicht die Gewerbe- und Wirtschaftskammer die in der Initiative eingenommene Position, wonach mit der Verankerung des Staatsvertragsreferendums die direkte Demokratie in unserem Land gestärkt würde. «Sollen Fürst und Landtag einen Staatsvertrag gegen den Willen des Volkes verabschieden können?» fragt «Das Gewerbe» und zitiert aus einer Thronrede von Fürst Hans-Adam II. aus dem Jahre 1988 unter anderem die folgende Passage: «Da die ursprünglichen Träger der Staatsgewalt Fürst und Volk sind, würde es wohl gegen den Sinn der Verfassung verstossen, wenn Fürst und Landtag einen Staatsvertrag gegen den Willen des Volkes verabschieden, der z.B. die direkte Demokratie in wesentlichen Punkten einschränkt.»

Mehr Hilfe für Sowjetunion

Bangkok (AP) Die sieben führenden westlichen Industriestaaten wollen der Sowjetunion beim Übergang zur Marktwirtschaft stärker helfen als bisher. Die Finanzminister und Notenbankchefs der Siebenergruppe (G-7) beschlossen auf einem am Sonntag beendeten dreitägigen Treffen in Bangkok, an dem erstmals auch eine sowjetische Delegation teilnahm, binnen zehn Tagen eine hochrangige Delegation nach Moskau zu entsenden. Diese soll «spezifische Wege» zur Bewältigung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme der Sowjetunion erörtern, wie es in dem Schlusskommunique hiess.

Back to the...
compuconsult

EDV-Beratung • Software • Netzwerke
Zitel 430 • 9493 Mauren • 075-3 45 38

Übergangsfristen und Schutzklauseln

«Das Gewerbe» listet erneut auf, was die «vier Freiheiten» des Waren-, Personen-, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs auf unser Land bedeuten würden.

Besondere Beachtung wird dabei dem freien Personenverkehr geschenkt, für den für Liechtenstein nach Angaben der Regierung eine Übergangsfrist von fünf Jahren zugestanden worden sei: «Nach Ablauf der Übergangsfristen finden die Freiheit des Personenverkehrs, die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit voll auf Liechtenstein Anwendung, d.h. jeder EWR-Angehörige kann sich samt Familie in Liechtenstein als Unselbständiger oder Selbständiger niederlassen, Unternehmen gründen, einen Beruf jeder Art ausüben, Boden kaufen wo er will und soviel er will.» Sind die Übergangsfristen abgelaufen, so besteht allerdings noch die Möglichkeit, die Situation erneut zu überprüfen und eine Verlängerung zu erreichen. Doch sind diese Übergangsfristen auf Zeit angelegt, während

die Schutzklauseln nur bei ernsthaften, ökonomischen, gesellschaftlichen oder ökologischen Schwierigkeiten beantragt werden können.

Liechtensteinische Interessen

Die Regierung, die in ihrem 6. Ergänzenden EWR-Bericht unterstreicht, dass sie sich am EWR-Abkommen beteiligen werde, «solange die grundlegenden liechtensteinischen Interessen gewahrt bleiben», geht in diesem Bericht ebenfalls auf diese Thematik ein. Sie spricht davon, dass sich bei den EWR-Verhandlungen «ein spezielles Lösungsmodell für die Probleme im Bereich der Personenfreizügigkeit abzeichnet» und führt dazu aus: «Es kann davon ausgegangen werden, dass Liechtenstein im Personenverkehr eine fünfjährige generelle Übergangsfrist eingeräumt werden wird, während welcher Liechtenstein weitgehend autonom über den Zuzug und die Erwerbsaufnahme von Ausländern entscheiden kann. Hervorzuheben ist, dass zudem eine Revisionsklausel vorgesehen ist, die nach

Ablauf der fünfjährigen Übergangsfrist eine Fristverlängerung ermöglichen wird.»

Allerdings bedeutet eine verlängerbare Übergangsfrist nicht, hält die Regierung weiter fest, dass Liechtenstein im Bereich des Personenverkehrs die geltenden nationalen Rechtsvorschriften unverändert beibehalten könne. Die Übergangsregelung werde unserem Land in erster Linie die Aufrechterhaltung von «quantitativen Beschränkungen» erlauben. Hingegen müssten «qualitative Restriktionen» im Bereich des Familiennachzugs und der Zulassung zur Berufsausübung vor Ablauf der Übergangsfrist abgebaut werden. Die Regierung ist in dieser Hinsicht jedoch optimistischer als die Gewerbe- und Wirtschaftskammer: «Es darf jedoch davon ausgegangen werden, dass auch in diesen Bereichen mehrjährige Übergangsfristen zur Verfügung stehen werden, die es erlauben sollten, das liechtensteinische Recht ohne schwerwiegende Störungen an die Anforderungen des europäischen Rechts anzupassen.»

Traditioneller Umzug am gestrigen «Suusersunnig»

Tausende säumten beim gestrigen Winzerumzug die Strassen im Vaduzer Städtle



Im von zahlreichen Zuschauerinnen und Zuschauern aus nah und fern bevölkerten Vaduzer Städtle zog sich gestern der traditionelle Winzerumzug anlässlich des «Suusersunnig» durch die Strassen. Die rund 200 Mitwirkenden boten ein imposantes Bild, wobei natürlich der alljährliche «Strassenausschank» von frischem Suuser auch nicht fehlte. Mehr über den «Suusersunnig» auf Seite 2.

(Bild: bs)

Papst kritisiert linke Theologen

Johannes Paul will Rückgang des Einflusses der Kirche entgegenreten

Natal/Brasilien (AP) Mit einem Appell zur Überwindung der Armut und mit Kritik an linker «Befreiungstheologie» hat Papst Johannes Paul II. einen zehntägigen Besuch in Brasilien eröffnet. Am Sonntag rief er bei einer Zusammenkunft mit 375 Bischöfen dazu auf, sich gegen den wachsenden Einfluss von Sekten zu stemmen.

Der Papst war am Samstag in der nordbrasilianischen Küstenstadt Natal gelandet, um dem Abschluss des 12. Eucharistischen Landeskongresses beizuwohnen. Am Sonntag feierte er mit 100 000 Menschen eine Messe unter freiem Himmel, danach sprach er zu den Bischöfen des Landes.

Im Mittelpunkt der Reise stehen Bemühungen um eine neuerliche Stärkung der katholischen Kirche in Brasilien, deren Einfluss stetig zurückgeht, obgleich dort mehr Katholiken leben als in irgend einem anderen Land.

Kurz vor der Landung sagte Johannes Paul im Flugzeug, der Zusammenbruch

des Kommunismus in Osteuropa habe linken Theologen einen Schlag versetzt. Die Befreiungstheologie, die in Brasilien eine ihrer Geburtsstätten hat, wäre nach Ansicht des Papstes glaubwürdiger, wenn sie sich von marxistischen Einflüssen lösen würde.

Johannes Paul sagte aber auch, er werde sich, wie schon bei seinem ersten Brasilienbesuch 1980, für das Wohl der Armen einsetzen. Die tiefe Kluft zwischen arm und reich in Brasilien sei unerträglich.

In seiner Begrüssungsansprache forderte der Papst dann, den Benachteiligten müsse Zuwendung und Solidarität entgegengebracht werden, um das «perverse wirtschaftliche Ungleichgewicht» zu überwinden. Nach amtlichen Zahlen sind in Brasilien 60 Prozent des Volksvermögens im Besitz von nur einem Prozent der Bevölkerung, aber jeder Dritte der 150 Millionen Brasilianer fristet sein Leben in bitterer Armut.

Dauerkontrolle von Iraks Rüstungsindustrie

New York (AP) Die irakische Rüstungsindustrie wird künftig einer ständigen internationalen Kontrolle unterworfen. Einen entsprechenden Beschluss fasste der UNO-Sicherheitsrat in New York.

Der Rat verabschiedete einstimmig eine Resolution, nach der Irak auch jegliche Forschung im Nuklearbereich verboten ist. Der Regierung in Bagdad sind ausserdem Projekte untersagt, die auf die Herstellung biologischer und chemischer Waffen abzielen. Der irakische UNO-Botschafter Abdul Amir el Anbari kritisierte die Entscheidung und bezeichnete sie als Beschneidung der Souveränität seines Landes.

Die Resolution gestattet den UNO-Inspektoren, sich frei in Irak zu bewegen und jeden Ort zu durchsuchen, an dem ihrer Vermutung nach Massenvernichtungswaffen versteckt sein könnten. Sie haben danach ausserdem das Recht, Dokumente und Gegenstände zu beschlagnahmen oder zu fotografieren.

Sport aktuell

Balzers und Vaduz siegten

Die Fussballrunde vom Wochenende brachte dem FC Balzers in der 1. Liga einen überaus wichtigen 2:0-Erfolg über Schlusslicht Kreuzlingen. Damit sieht die Situation für die Remark-Elf wieder etwas besser aus. In der 2. Liga feierte der FC Vaduz einen souveränen 3:0-Auswärtssieg in Rebstein. Der USV Eschen/Mauren kam in Au, nach einem 3:1-Rückstand, noch zu einem 3:3-Unentschieden. In der 3. Liga gewann der FC Schaan das Lokalderby in Triesenberg mit 4:2. Der FC Triesen kam in Davos nicht über ein 0:0 hinaus. In der Gruppe 3 verlor Ruggell in Gams mit 3:0, Vaduz II und Berneck spielten 2:2-Unentschieden. Mit dem gleichen Resultat endete in der Gruppe 8 der Spitzenkampf zwischen Walenstadt und Balzers II.

Fortschritte bei EG-Verhandlungen

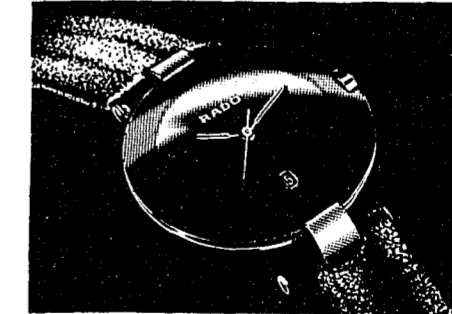
Den Haag (AP) Die zwölf Staaten der Europäischen Gemeinschaft haben bei ihren Beratungen über eine gemeinsame Haltung zum Welthandelsabkommen GATT offenbar Fortschritte erzielt. Wie die niederländische Handelsministerin Yvonne van Rooij als Vorsitzende der zweitägigen Konferenz am Samstag mitteilte, waren sich die Minister einig, dass die letzte Runde der Verhandlungen erreicht sei und dass substantielle Fortschritte beim Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) bis Ende des Jahres erzielt werden können.

Die Verhandlungen der 103 GATT-Mitgliedsstaaten sollten eigentlich schon im vorigen Jahr beendet werden. Dies scheiterte aber, weil die EG sich weigerte, wie unter anderem von den USA gefordert ihre Agrarsubventionen um 75 bis 90 Prozent zu kürzen. Die EG war nur zu einem Abbau bis zu 33 Prozent bereit.

Worin die jetzt erzielten Fortschritte bestehen, wollte Frau van Rooij nicht sagen. Dies wäre für den Verhandlungsstandpunkt der EG wenig hilfreich, sagte die niederländische Ministerin.

Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann deutete an, dass Deutschland seine bisherige Haltung geändert habe und nun nicht mehr auf hohen Agrarsubventionen bestehe. Es müsse Veränderungen in der EG-Landwirtschaftspolitik und auch bei den Exportsubventionen geben.

Der irische Handelsminister Des O'Malley zeigte sich weniger optimistisch und erklärte: «Tatsächlich hat sich nur wenig verändert.» Den Deutschen warf O'Malley einen «Ausverkauf» vor, da sie die Franzosen und Iren bei der Forderung nach hohen Subventionen im Stich liessen.



Eine Uhr wie aus einer anderen Welt.

Die neue «La Coupole». Eine echte Rado. Innovativ. Eigenwillig. Unverkennbar. Mit kratzfestem, kuppelförmigem Saphirglas. Fr. 650.-.

hubert

schmuck - uhren - juwelen
Stadte 34 und Rathausplatz
9490 Vaduz Liechtenstein